

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **25 (1945-1946)**

Heft 4-5

PDF erstellt am: **13.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

äußerlichtes Christentum. Hingegen läßt man voll Ehrfurcht den schlichten Glauben des einfachen Menschen, «der weiß, daß Gott gut ist», als selbstverständliche, unantastbare Tatsache gelten.

In dem Wust einer erdrückend reichen Durchschnittsliteratur und im lauten Lärm des teils verdienten, teils unverdienten, durch eine raffinierte Reklame oft ins Lächerliche übersteigerten Erfolges sensationeller Modeerscheinungen ist es nicht leicht, alle diese Spuren eines «Neuen» zu verfolgen, um so weniger, als die Fülle der Erkenntnisse, Tendenzen, Elemente, Werte und Kräfte noch keineswegs als geschlossene, klar und scharf zu umreißen Bewegung zutage tritt. — Aber auch ohne daß man sie auf eine Allgemeinformel bringen kann, wird man in ihnen einen Baustein zur Volkwerdung der amerikanischen Nation erkennen müssen.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Es ist gewiß, daß die Woche, die mit dem 5. August 1945 begann, als eine der denkwürdigsten Etappen in die Geschichte des gewaltigen Geschehnisses dieses dritten Weltkrieges eingehen wird. Sie brachte das Ereignis der gelungenen Erfindung und Anwendung der *Atombombe*, über dessen ungeheure Auswirkungen heute noch niemand wirklich Verlässliches zu sagen weiß; sie brachte den *Eintritt Rußlands in den Krieg im Fernen Osten* und brachte endlich die *Kapitulation Japans* und damit das Ende dieses Krieges überhaupt. Es wird dadurch vor allem auch für Europa eine neue Lage geschaffen, und ihre Erleichterungen werden sich in Kürze sichtbar zu machen beginnen. So wird *der kommende schwerste Winter* unseres Kontinents wenigstens psychologisch unter milderen Perspektiven stehen als man vor wenigen Tagen noch erwarten konnte. Europa hat dies freilich bitter nötig. Eindringlich und ernst hat eben noch der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika auf unseren *Kontinent des Hungers* hingewiesen, als er in seiner Ansprache vom 9. August die Ergebnisse der *Konferenz von Potsdam* darlegte. Präsident Truman hat im übrigen in dieser Ansprache die Punkte besonders hervorgehoben, welche unter den Ergebnissen dieser Konferenz nach der Ansicht der amerikanischen Stellen von ausschlaggebendem Gewicht sind. Und hier ist zweifellos die Stelle über die *europäischen Stützpunkte* von besonderem Interesse, und zwar besonders die Ausführungen über die internationale Kontrolle der Flußläufe, wie des Rheines, der Donau und des Kieler Kanals, über die Kontrolle ferner des Schwarzen Meeres und der Dardanellen. Die Vereinigten Staaten sind also offensichtlich entschlossen, sich hier definitiv ein Mitspracherecht zu sichern. Soweit darunter Objekte in den ehemals feindlichen Ländern, also Flußläufe und Kanäle in Deutschland und Österreich, in Betracht fallen, dürften sich der Verwirklichung dieser Absicht größere Schwierigkeiten nicht entgegenstellen; interessant bleibt dabei auf alle Fälle die amerikanischerseits bekundete Absicht zu derart intensiven und auf

die Dauer berechneten Engagements auf dem europäischen Kontinent. Die tatsächliche Durchführung dieser Politik würde demnach denen Unrecht geben, die von Anfang an das Interesse der Vereinigten Staaten an den unmittelbaren Angelegenheiten Europas und ihre direkte Beteiligung an diesen Angelegenheiten, wie sie sich in der Teilnahme an der Besetzung Deutschlands und Österreichs widerspiegelt, als von vornherein verhältnismäßig kurzfristig, jedenfalls nicht für die Dauer bestimmt beurteilten. Das wäre gut; und sicher würde man die Verwirklichung solcher Absichten im Interesse der Erhaltung des Friedens auf dem Kontinent in ganz Europa nur begrüßen können. Unter ganz besonderen Gesichtspunkten sind nun freilich die Angaben des amerikanischen Präsidenten dann zu betrachten, wenn sie sich auf Objekte wie beispielsweise das *Schwarze Meer* oder die *Dardanellen* beziehen. Was vor allem die Meerengen anbelangt, so ist das Problem, wie man weiß, ursprünglich durch die Initiative Rußlands aufgerollt worden, das sich im Wege der Geltendmachung von Forderungen gegenüber der Türkei auf diesem historischen Schauplatz endlich seine besonderen, lies: ausschließliche Rechte zu sichern gedachte. Gegenüber solchen Ansprüchen dürften sich die Engländer bei den Beratungen der Konferenz von Potsdam ziemlich nachdrücklich auf die Konvention von Montreux berufen haben, und dadurch wurde wohl — mindestens indirekt — die interessante amerikanische Einschaltung veranlaßt. Nun wird es sich einerseits zu zeigen haben, wie Rußland auf diese amerikanische Initiative zu reagieren gedenkt — die Angelegenheit wurde, mit vielen andern, an den Rat der Außenminister verwiesen —, andererseits aber dürften dadurch am Ende sehr wesentliche *britische Interessen* in einem viel weiteren Rahmen miteinbezogen werden. So hat der «Manchester Guardian» schon Anfang Juli, indem er, im Anschluß an die russischen Forderungen, die Internationalisierung der Dardanellen forderte, festgestellt, daß in diesem Falle auch die Ausgänge des Mittelmeers, also *Suez* und *Gibraltar*, internationalisiert werden müßten, und man kann jetzt schon sicher sein, daß Rußland, könnte es sich der amerikanischen Forderung bezüglich der Dardanellen am Ende nicht doch noch entziehen, mit entsprechenden Begehren auftreten würde. Und dazumal wird man voraussichtlich auch einen der ersten wesentlichen Eindrücke von der *Gestaltung der britischen Außenpolitik unter der neuen Regierung*, der Regierung Labours, empfangen.

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat sich im weiteren in seiner Ansprache auch ziemlich ausführlich über das *polnische Problem* geäußert, was angesichts des starken Interesses nicht verwunderlich ist, das man gerade in Amerika für dieses geprüfte Land — wie übrigens auch für die baltischen Staaten — empfindet. Allein man vermochte trotz dem begreiflichen Wunsche, gutes zu künden, seinen Aussagen kaum etwas anderes als eine verbrämte Bestätigung der Tatsache entnehmen, daß Polen sich nun unter dem russischen Einfluß befindet. Es steht immerhin noch zu hoffen — dies ist nicht viel —, daß die Welt gelegentlich doch wenigstens einmal über die wirklichen Verhältnisse in diesem Lande informiert werde — wenn tatsächlich unabhängige Berichterstatter zugelassen worden sind —, und dann wird man wohl auch einiges über die Wahlen erfahren, deren freie Abhaltung ja eine der Hauptbedingungen der Westmächte für die Anerkennung der neuen polnischen Regierung, und für die Beteiligung von Mikolajczik, gewesen ist. Unterdessen bemühen sich polnische amtliche Stellen lebhaft, den Eindruck der überwiegenden russischen Einflußnahme nach Möglichkeit zu verwischen und gerade die Beziehungen des Landes auch zu den Westmächten beson-

ders herauszustellen, wie es beispielsweise an einer Kundgebung in Warschau zu Anfang Juli geschah, wo ein amtlicher Sprecher die Notwendigkeit enger Beziehungen zu den Westmächten fest unterstrichen haben wollte, um dann mit der Wendung euphemistisch zu schließen:

«Von Amerika müssen wir lernen, wie man arbeitet,
von Großbritannien, wie man regiert und von
der Sowjetunion, wie man patriotisch ist.»

Als eigentliches Haupttraktandum der Potsdamer Konferenz hat sich, wie man erwarten konnte, das Problem der künftigen *Behandlung Deutschlands* erwiesen, und hier ist das Ergebnis zweifellos besonders nachdrücklich ausgefallen. Zwar hat der amerikanische Schatzsekretär *Morgenthau*, der einer der engsten Mitarbeiter des verstorbenen Präsidenten Roosevelt gewesen ist, eben erst, im Zuge der fälligen Veränderungen unter der höchsten Washingtoner Beamtenschaft, sein Amt niedergelegt; — allein es scheint, als habe der ihm zugeschriebene Plan bezüglich der Neugestaltung Deutschlands auf die Potsdamer Beratungen und deren Ergebnis einen fast ausschlaggebenden Einfluß ausgeübt. Denn nach dem Inhalt der veröffentlichten Beschlüsse wird Deutschland jedenfalls so weitgehend entindustrialisiert werden, wie man es kaum vermutet hatte, wobei jedenfalls jetzt schon damit zu rechnen ist, daß annähernd alle Industrie aus der russischen Zone evakuiert werden wird. Was freilich in dieser Beziehung im Westen vor sich gehen soll, ist noch nicht bekannt — bemerkenswert ist hier allein, daß, nach einer von Mitte Juli datierten Meldung des bei der britischen Besatzungsarmee beglaubigten Korrespondenten des «Daily Herald», die alliierte Militärregierung *Alfred Hugenberg*, also den früheren Leiter der Deutschnationalen Volkspartei, «mit der Ausarbeitung eines Plans für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Deutschlands beauftragt» habe. Sein Plan sei inzwischen der Militärregierung bereits unterbreitet worden. Über den Inhalt wird freilich nichts verraten. Aber es sind demnach zweifellos Bestrebungen im Gange, eine allzu radikale Ausführung der verwegenen Morgenthau'schen Absichten, aus Deutschland einen Agrarstaat zu machen, noch rechtzeitig zu verhindern; und selbstverständlich haben die Westmächte aus naheliegenden Gründen kein Interesse daran, in der Mitte Europas ein Hunger- und Armutszentrum einzurichten. Die Frage wird sein, ob sich dies wegen des Zustromes aus dem früheren deutschen Osten überhaupt wird verhindern lassen. Allein man wird sich über die weitere Gestaltung dieser Angelegenheit wohl erst später ein Bild machen können. Denn in der nächsten Zeit werden wohl die hauptsächlichsten, bald wohl die einzigen Bestrebungen der Besetzungsbehörden für die zurzeit ebenso dringliche wie schwerste Aufgabe in Anspruch genommen und ausgefüllt: das besetzte Deutschland irgendwie durch den kommenden Winter zu schleifen...

Was endlich die *territorialen Probleme* betrifft, so sind sie in Potsdam doch wohl nur formell bis zur Friedenskonferenz vertagt worden, soweit Deutschland in Frage steht; tatsächlich sind die getroffenen Regelungen wohl als endgültig zu betrachten. Dies gilt in erster Linie für die neue *polnische Grenze* — dies gilt aber auch für die Inbesitznahme des Hafens von *Königsberg* durch die Sowjetunion. Als besonders schwerwiegend ist bei dieser Regelung zweifellos die Polonisierung weiter deutscher Gebiete anzusehen, welche die Aussiedlung von weiteren Millionen Deutscher nach sich zieht, welche ihrerseits nicht wissen, wohin sie sich wenden sollen und für die tatsächlich kein Platz ist. Es werden dadurch gerade im Hinblick auf eine fernere Zukunft Probleme in Gang gebracht, deren Bedeutung nicht leicht

wird überschätzt werden können; — sie sollen endgültige Lösungen bringen; aber sie bringen doch nur Lösungen, die — man täusche sich nicht — eines Tages Gegenkräfte zum Spielen bringen können, durch welche vielleicht die ganze mühsame europäische Regelung wieder in Fluß kommen mag. Und hier ist es dann jedenfalls doch außerordentlich bedeutsam, gerade im Hinblick auf diese ferne Zukunft die Tatsache festzuhalten, daß also *im Osten des Reiches territoriale Amputationen massivsten Ausmaßes erfolgen, im Westen dagegen praktisch keine*. Das sind Dinge, die eines Tages ihre Auswirkung finden können.

Durch die Kriegserklärung Rußlands an Japan ist nunmehr, im Zusammenhang mit dem Einsatz der Atombombe, der fernöstliche Krieg auf seinen Höhepunkt gesteigert und die Kapitulation Japans mit ihren gewaltigen Folgen herbeigeführt worden. Nicht ausgeschlossen ist dabei, daß nun der so bedingte neue und starke Einsatz Rußlands im Fernen Osten, seine Inanspruchnahme japanischer Gebiete, seine Inanspruchnahme durch die nun flüssig gewordenen Probleme ganz Ostasiens, und seine Auseinandersetzung über sie mit den USA für gewisse europäische Probleme gegebenenfalls im Sinne einer Entspannung zu wirken vermöchte. Erst die weitere Entwicklung freilich wird uns auch über diesen Punkt belehren können. Inzwischen wäre aus dem europäischen Felde der Politik Rußlands hervorzuheben die Milderung der *Waffenstillstandsbedingungen gegenüber Finnland* und die Aufnahme der *diplomatischen Beziehungen* mit diesem tapferen Lande — eine Chance, die sich Finnland zweifellos sauer genug hat verdienen müssen, zuletzt noch mit der Anklageerhebung gegen mehrere Generäle, und aufsehenerregende Inhaftierungen wegen eines angeblichen Versuches, die Erfüllung der Bedingungen des Waffenstillstandes zu sabotieren. Aus der übrigen europäischen Einflußzone Rußlands ist einmal zu vermerken die *Abtrennung Rutheniens* von der Tschechoslowakei und sein Anschluß an die Sowjetukraine, ferner — ebenfalls zu Lasten der Tschechoslowakei — die massive Abschleppung industrieller Einrichtungen aus diesem Lande. Aus *Rumänien* hört man von einer auffallenden Auszeichnung des Königs Michael durch Marschall Tolbuchin; — aus *Bulgarien* berichten etwas unklare Meldungen über eine angeblich starke Opposition der Bauern gegen den kommunistischen Kurs, der dort allem Anschein nach in der sogenannten «Vaterländischen Front» forsch getrieben wird. In diesem Lande sollen ja nun ebenfalls Wahlen stattfinden; — und nach den Erklärungen des Präsidenten Truman vom 9. August würde nun in nächster Zukunft auch in diesen Bereichen die alliierte Presse ihre vielberufene Informationstätigkeit aufnehmen, sodaß die Welt hoffentlich auch die Dinge des Balkans gelegentlich bald etwas klarer überblicken kann. Das würde dann wohl auch für Jugoslawien zutreffen, von wo, ebenfalls in etwas unklarer Weise, dauernd von oppositionellen Strömungen gegen das Regime des Marschalls Tito berichtet wird, ohne daß man Genaueres wüßte. Nun ist dort in den letzten Tagen der seit langem unvermeidliche und deshalb erwartete Konflikt zwischen dem Diktator und König Peter ausgebrochen. Der König weilt nach wie vor in London. Auch in diesem Punkte wird sich beiläufig der Charakter der neuen britischen Außenpolitik unter der Führung Labour's erweisen müssen, — wie auch auf dem Felde der *griechischen Politik*, wo in jüngster Zeit zum ersten Mal eine deutliche propagandistische Einflußnahme aus Moskau gemeldet worden ist. Durch den Laboursieg ist übrigens auch das *spanische Problem* neu ins Rollen gekommen, was aus dem Schlußbericht über die Konferenz von Potsdam in klassischer Weise hervorgeht; jedenfalls hat sich General Franco bereits veranlaßt gesehen, durch eine

ziemlich plötzliche Ausweisung Lavals eine gewisse augenblickliche Entlastung eintreten zu lassen.

Und so hat denn in der Berichtsperiode am Ende zweifellos der *Prozeß gegen Marschall Pétain* das Hauptinteresse auf dem Felde der europäischen Angelegenheiten in Anspruch genommen. Das öffentlich durchgeführte Verfahren hat dabei über manche Dinge gewiß neuen Aufschluß erteilt und Blickpunkte in den Vordergrund gerückt, die vielleicht bisher doch vielerorts weitgehend übersehen worden waren. So erscheint denn vor allem *der Abschluß des Waffenstillstandes vom 25. Juni 1940* in einem etwas neuen Lichte einmal insofern, als anscheinend weder Pétain noch Weygand als erste von einem Waffenstillstand gesprochen haben, sondern eine durchaus zivile Stelle, nämlich der Präsident der Republik, Lebrun, dies tat. In diesem Bereiche hatte nun zweifellos die Aussage des Generals Weygand eine Bedeutung, die nicht übersehen werden kann. Der alte Haudegen hat vielleicht am klarsten von allen gesprochen. So ist doch wohl sicher anzunehmen, daß im Falle einer Weiterführung des Krieges durch Frankreich die deutschen Truppen nicht nur das ganze Land in Besitz genommen, sondern sich auch am Mittelmeer festgesetzt hätten. Aber eben nicht nur das. Sie wären außerdem in der Lage gewesen, die nordafrikanischen Gebiete Frankreichs in Anspruch zu nehmen, nachdem Tunesien sozusagen von Truppen völlig entblößt, und außerdem weder in Algier noch in Marokko eine schlagfertige Armee vorhanden war, und vor allem dort auch nicht die geringsten Einrichtungen für den Unterhalt der Truppen und ihren Nachschub bestanden. So hätte denn wohl die Verweigerung des Waffenstillstandes Deutschland alle Chancen gegeben, Nordafrika in Besitz zu nehmen, während nun anderseits im Gegenteil gerade durch diesen Waffenstillstand die alliierte Landung im Jahre 1942 tatsächlich erst möglich geworden ist, wie mehrere Zeugen bestätigten. Aus diesem Grunde hat jedenfalls der Vertreter des Staates im Verlaufe des Prozesses denn auch die Beteiligung des Marschalls am Abschluß des Waffenstillstandes, soweit sie zum Anklagepunkt erhoben worden war, ausgeschieden, und so diesen Punkt fallen lassen.

Zürich, den 11. August 1945.

Jann v. Sprecher.

★ Kulturelle Umschau ★

Das Zuozer Freilichtspiel «Ils duos Travers» (Die Brüder Travers)

«Hier thronet Zuoz in flacher Felder Schoos,
Die Pflegerin des Geists, beglückt mit Söhnen
Apolls, den Schöpfern stillerhabnes Werks.»

(S. Lemnius, Raeteis, Lib. IV, V. 1049/50. Siehe Sieveking, Rätia, 1942, Nr. 1.)

So besingt schon Lemnius im 16. Jahrhundert das heimelig schöne Engadinerdorf Zuoz. Noch heute lehnen sich die festgefügtten Engadinerhäuser behäbig an den sanften Berghang und scheinen für die Ewigkeit gebaut zu sein. Aber auch die Spur der Erdentage jener Söhne Apolls, die Lemnius erwähnt, ist nicht untergegangen. Zuoz hat Tradition. Und eine gute Tradition ist ein Segen für den einzelnen Menschen